Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,950.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 161. **Freitag** den 10. Juni 1881. 75. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die Neudielung der Plagwitzer Brücke soll an einen Unternehmer in Accord vergeben werden.

Die Bedingungen für diese Arbeit liegen bei unserer Tiefbauverwaltung, Rathhaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 14 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

Neudielung der Plagwitzer Brücke

versehen ebendaselbst **bis zum 13. Juni l. J. Nachmittags 5 Uhr** einzureichen.

Leipzig, am 3. Juni 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Bekanntmachung.

Die Erneuerung des Pfostenbelags und des Barrierenholmes der Schleußiger Brücke soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeit liegen bei unserer Tiefbauverwaltung, Rathhaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 14 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

Neudielung der Schleußiger Brücke

versehen ebendaselbst bis zum 13. Juni l. Js. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Leipzig, am 3. Juni 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Stockholz-Auction.

Montag, am 20. Juni c., sollen von Nachmittags 3 Uhr an im Forstreviere Connewitz auf den Mittelwaldschlägen in Abth. 27 und 30a

ca. **900 Haufen klein gemachtes Stockholz**

unter den im Termine öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden an Ort und Stelle verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Holzschlage an der schwarzen Brücke in der Connewitzer Linie.

Leipzig, den 2. Juni 1881.

Des Raths Forst-Deputation.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 10. Juni.

Das freisinnige evangelische Deutschland sieht heute mit Erwartung auf Berlin. Bereits gestern begannen daselbst die Verhandlungen des 13. deutschen Protestantentages. Zum zweiten Male versammelt sich der Verein in der deutschen Reichshauptstadt. Als er vor zwölf Jahren zum ersten Male in Berlin zusammentrat, galten die Verhandlungen der deutschen Volksschule und ihrer Stellung zu Staat und Kirche. Was der Verein damals in dieser Richtung in Berlin, was er zwei Jahre darauf zu Darmstadt in Bezug auf die Jesuiten im Deutschen Reiche, was er nach abermals zwei Jahren zu Leipzig in Bezug auf die Civilstandsgesetzgebung gefordert hat, das waren nicht unerfüllbare Wünsche, sondern es entsprach genau den dringenden Bedürfnissen der damaligen Gegenwart.

Die Forderungen des Vereins gingen darum als Weissagungen der Erfüllung fast unmittelbar voran, und es ist unerfindlich, wie man einem Verein, welcher bezüglich so wichtiger gesetzgeberischer Acte den Regierungen des Deutschen Reiches nur das Programm abgesehen zu haben schien, welches sie selbst aufzustellen im Begriff waren, eben um dieser seiner Thätigkeit willen von regierungsfreundlicher Seite her in Verdacht nehmen und gefährlicher Tendenzen beschuldigen konnte. Es steht außer Frage, daß die Bestrebungen des Protestantenvereins nur genau in gleicher Linie liefen mit den Bestrebungen unserer deutschen Politik zu einer Zeit, auf welche wir heute darum nicht etwa mit weniger Stolz zurückblicken, weil sich mit diesem Gefühle zugleich etwas von der Bitterkeit der Enttäuschung mischt, angesichts mancher Wendungen, die wir seither in Deutschland erleben mußten. Aber Derjenige wäre damals schlecht berathen gewesen, welcher es sich hätte verhehlen wollen, daß die gemäßigt und vernünftig liberale Richtung, aus der unseres Dafürhaltens unser Staats- und Volksleben sich ohne Gefahr innerer Krisen nicht entfernen kann, nur dann eine gesicherte Grundlage in den breiten Schichten unserer Bevölkerung besitzt, wenn sie zugleich Fühlung behält mit deren umfassenderen Bedürfnissen nach Religion.

Wo dieses Bedürfniß nicht richtig geleitet wird, da mangelt es nie an Versuchen und Versuchungen zu seiner Ausbeutung im egoistischen Interesse einseitig rückläufiger Bestrebungen. Konnte man diese einfache Wahrheit jemals mit Händen greifen, so ist es heute. Der Minister, welcher bis vor drei Jahren die preußischen Schulangelegenheiten in jener, den Bedürfnissen des paritätischen Staates entsprechenden Weise, wie auch der Protestantenverein sie ins Auge gefaßt hatte, zu ordnen mit Erfolg und Glück unternommen hatte, ist weniger auf politischem als auf kirchlichem Boden zu Fall gebracht worden. Hier aber gilt es wachsam sein, hier ein Lebensinteresse der gerechten Sache vertheidigen. Der Protestantenverein, auf dessen bevorstehende Verhandlungen wir damit die Aufmerksamkeit hinlenken, hat jedenfalls den Vortheil, wirklich brennende Fragen zu berühren und ein unverbrauchtes Interesse in Anspruch zu nehmen, wenn er diesmal über „die Glaubensgerichte in der evangelischen Kirche" (Referent Domprediger Frichhöfer aus Bremen), über „die Aechtung der protestantischen Theologie" (Referent Professor Dr. Holsten aus Heidelberg), und über „die Stellung der Kirche der Reformation zur bürgerlichen Gesellschaft" (Referent Geh. Rath Dr. Bluntschli daselbst) verhandelt.

Was namentlich das erste Thema betrifft, so steht noch in unserem frischen Gedächtniß die glänzende Vertheidigung, welche die Freiheit des protestantischen Gewissens anläßlich einiger derselben zu nahe tretenden Fälle im Munde des Abgeordneten v. Bennigsen während der letzten preußischen Landtagssession gefunden hat. Das Gedächtniß dieser Rede auffrischen heißt zugleich dem Protestantentag in Berlin unsere Sympathien aussprechen und zur Betheiligung an seinen Verhandlungen einladen.

Fürst Milan von Serbien ist am Mittwoch in Berlin eingetroffen. Ueber den Empfang des Fürsten im Kaiserlichen Palais geht der „Post" folgende Mittheilung zu: Zehn Minuten vor 2 Uhr erschien der Fürst von Serbien im Palais, um von Seiner Majestät dem Kaiser und Könige empfangen zu werden. Der Fürst wurde im Vestibül von den Generalen von Lehndorff und Fürst Radziwill empfangen und in die Gemächer des Kaisers geleitet. Der Empfang fand im blauen Vortragszimmer statt und war der Fürst mit dem Kaiser etwa drei Viertelstunden allein. Dann wurde das Gefolge eingelassen und vorgestellt. Die Persönlichkeit des Fürsten macht den angenehmsten Eindruck. Ueber Mittelgröße, voll und gut gewachsen, zeigt sein volles Gesicht mit dem dunkeln Schnurrbart und den dunkelbraunen Augen eine gewinnende Freundlichkeit. Er trug eine Art Husaren-Uniform, grüne Attila mit Goldschnüren, rothe Unterkleider, Federhut mit Goldtressen und das Großkreuz des Rothen Adler-Ordens. Vom Palais fuhr er bei dem Kronprinzen und den Prinzen vor.

Milan Obrenowitsch IV. ist nach dem Lebensalter der zweitjüngste Fürst Europas und wird in Bezug auf Jugend nur noch vom Könige von Spanien übertroffen, der erst 23 Jahre zählt, während Fürst Milan, am 10. August 1854 geboren, doch bereits in seinem 27. Lebensjahre steht. Trotzdem „regiert" er schon länger als 14 andere gekrönte Häupter, da er bereits am 2. Juli 1868, wenn auch unter Vormundschaft, die „Regierung" antrat. Fürst Milan ist der Sohn des Fürsten Milosch Obrenowitsch und der Fürstin Maria, der späteren Geliebten des Fürsten Alexander Cuza von Rumänien. Sein Vater wurde am 10. Juni 1868 in dem Park von Topschi durch eine Mörderkugel getödtet; der junge Prinz erhielt eine sorgfältige Erziehung in Paris. Am 2. Juli 1868 zum Fürsten proclamirt, wurde er am 22. August 1872 für großjährig erklärt und führt seit diesem Tage selbstständig die Zügel der Regierung. Eine tiefbewegte Zeit liegt bereits hinter ihm. Von Rußland aufgestachelt und unterstützt begann er gleichzeitig mit Montenegro ohne allen Grund Krieg gegen die Türkei; die prahlerisch vorher verkündeten Erfolge, glänzende Siege und die Eroberung von Bosnien blieben aber aus. Fürst Milan, der die Führung des Krieges dem Russen Tschernajeff überließ, mußte die ihm von den Truppen angetragene Königskrone ablehnen; nachdem sein Heer bei Alexinatz vernichtet war, ließ ihn Rußland im Stiche, so daß er England um Hülfe anrief. Er und sein Volk kamen glimpflich genug davon, da die Türkei, durch die allgemeinen politischen Verhältnisse gezwungen, den Frieden unter den Bedingungen, wie sie vor dem Kriege bestanden, bewilligte. Der glückliche Ausgang des russisch-türkischen Krieges, an dem Serbien erst nach dem Falle Plewnas im December 1877 theilnahm, verschaffte dem jungen Fürsten wesentliche Erfolge und trug erheblich zur Befestigung seiner Dynastie bei. Seine Proclamation vom 12. December 1877, in welcher er das Volk zur Befreiung des Vaterlandes aufrief und die förmliche Kriegserklärung an die Pforte, wurde zwar von dieser am 24. December mit der Absetzung des Fürsten beantwortet, indessen lagen diesmal die Dinge günstiger. Fürst Milan, der selbst den Oberbefehl über die Armee übernahm, stieß nur auf geringe Reste türkischer Truppen und eroberte bis zum Waffenstillstand Ende Januar 1878 Pirot und Nisch, sowie einen großen Theil Alt-Serbiens. Im Frieden von St. Stefano und im Berliner Vertrage erlangte Fürst Milan nebst beträchtlicher Gebietserweiterung die Souveränität und nahm im September 1878 den Titel „Hoheit" an. Im Juli v. J. machte der Fürst unserem Kaiser seine Aufwartung in Ems und erhielt bei dieser Gelegenheit den Rothen Adlerorden erster Classe. Ob ihm seine jetzige Reise die langersehnte Königskrone bringen wird, muß die Zukunft lehren.

Aus Wien wird uns vom 7. d. geschrieben: Die Anwesenheit des Fürsten Milan von Serbien in unserer Stadt giebt den hiesigen Journalen wieder einmal Anlaß, über die äußere Politik Oesterreich-Ungarns zu sprechen, was freilich nicht allzu oft vorzukommen pflegt, weil man ja in unserem auswärtigen Amte kaum in der Lage, eine selbstständige äußere Politik zu verfolgen und unter allen Umständen durchzuführen. Wenn daher heute mehrere hiesige Blätter versichern, der Aufenthalt des Fürsten Milan in Wien beziehe sich „in erster Linie" darauf, von Oesterreich-Ungarn die Zustimmung, Einige sagen sogar „Erlaubniß", zur Erhebung des Fürstenthums Serbien zum Königreiche zu erhalten, so darf man es eben mit jener Versicherung nicht buchstäblich nehmen. Gewiß ist allerdings, daß während der hiesigen Anwesenheit des Fürsten Milan die serbische Königsfrage angeregt worden, welche, wie die Wiener „Presse" schon wiederholt und auch heute versichert, in unserem auswärtigen Amte sich aus unschwer begreiflichen Gründen keines sonderlich sympathischen Entgegenkommens erfreut. Aber ebenso gewiß ist auch, daß von jener „geringen Sympathie" bis zu einem thatsächlichen Einspruche gegen die serbische Königsfrage noch ein großer, höchst bedenklicher Schritt läge. Wenn Serbien, auf andere Sympathien gestützt, trotz der Nichtzustimmung Oesterreich-Ungarns, dennoch nach der Königskrone greifen würde, so wäre man hier wohl kaum in der Lage es ernstlich zu verhindern. Die südslavischen Dinge und Verhältnisse an der unteren Donau bieten gerade für Oesterreich, zumal für Ungarn, manche überaus heikle Puncte, welche einer sehr kühlen objectiven Erwägung bedürfen, um nicht muthwillig für beide Reichshälften höchst bedenkliche Conflicte vom Zaune zu brechen. Daß der magyarische Chauvinismus in seiner grenzenlosen Machtüberschätzung noch am ehesten geneigt, mit dem ihm verhaßten Serbien Händel zu suchen, wäre freilich nicht ganz unmöglich, aber schließlich müßte man in unserm auswärtigen Amte doch nach einem Dämpfer greifen, um ihn der ungarischen „Großmacht" in Budapest auf das erhitzte Haupt zu setzen.

Römische Blätter haben die Meldung gebracht, daß neue Unterhandlungen zwischen Deutschland und dem Papst im Gange seien und daß der letztere in seiner Rede an die deutschen Pilger gewissermaßen öffentlich die Grenzen der von ihm zu erwartenden Zugeständnisse habe ziehen wollen. Hieran ist nach einer Correspondenz der „K. Z." aus Rom so viel richtig, daß der heilige Vater anzuerkennen scheinlich seinen Standpunct zu den gesammten Verhandlungen hat markiren wollen; er hat das aber in Formen gethan, die so dehnbar und so mannigfaltiger Auslegung fähig sind, daß damit weder für noch wider viel gesagt ist. Neue Unterhandlungen sind nicht aufgenommen worden; die beiden Parteien stehen noch immer so wie vor einem Jahre da; sie haben sich schon Alles gesagt, was gesagt werden kann. Das schließt indessen nicht aus, daß man auf dem Wege stillschweigender oder vereinzelter Zugeständnisse, der ja bereits betreten ist, weiter gehe, und so wird bestätigt, daß die Absicht bestehe, für Trier ein gütliches Uebereinkommen, etwa durch Ernennung eines Capitularvicariers, zu treffen.

Sollen also die Wahlen in der Mitte oder der zweiten Hälfte des September stattfinden, so wäre jener Auftrag an die Behörden im Anfang des August zu erwarten.

Die Annahme erhält sich in parlamentarischen Kreisen, daß die Reichstagswahlen zu einem früheren als dem officiöserseits mit Bestimmtheit angekündigten Termin stattfinden werden, und daß man sich auf etwa den 20. September als den wahrscheinlichsten Termin gefaßt zu machen habe. Zu jenem Zeitpunct sind die Erntearbeiten wohl überall in Deutschland beendet, und wenn der Steuerempfänger so gütig ist, die Zufriedenheit über den Segen der Felder noch durch geeignete Belehrung über die ungemeine Wohlthat des Steuererlasses zu verstärken, dann dürfte das Gemüth des Landmannes wohl hinlänglich vorbereitet sein, um im Sinne der Minnigerode, v. Kleist und v. Kardorff zu wählen — selbstverständlich immer nach der Ansicht der preußisch-deutschen Regierung und ihrer politischen Freunde. Einen positiven Anhalt für die Ausschreibung des Wahltermins wird man übrigens dann haben, wenn die Behörden angewiesen werden, die Aufstellung der Wählerlisten vorzubereiten. Erfahrungsmäßig liegt zwischen diesem Tage und demjenigen der Wahl selber ein Zeitraum von ungefähr 6 Wochen.

Für die bevorstehende Stichwahl im Kreise Rinteln-Hofgeismar zwischen dem nationalliberalen Senator Dr. Schläger und dem fortschrittlichen Lehrer Liebermann giebt der „Reichsbote" für seine conservativen Freunde die Parole strengster Stimmenthaltung aus, da es gleichgültig sei, welcher liberalen Richtung der Vertreter angehöre, ein Fortschrittsmann im Interesse der „Klärung der Verhältnisse" sogar noch vorzuziehen sei. Für die Taktik dieser Art von Conservativen ist die Ermahnung bezeichnend. Wenn die Anhänger des „Reichsboten" den letzteren Wink befolgen, was nicht zum erstenmal der Fall wäre, so wird die Fortschrittspartei auf ihre derart gewonnene Stimmenzahl nicht allzu stolz sein dürfen.

Die dritte Berathung des Unfallversicherungsgesetzes, dessen zweite Lesung bekanntlich nahezu vollendet ist, wird den Reichstag erst in der nächsten Woche beschäftigen. Vorher werden die andern noch ausstehenden dritten Lesungen sowie die Berathung der einstweilen noch nicht vorliegenden, aber mit Sicherheit zu erwartenden Handelsverträge erledigt werden. Für Compromißverhandlungen über das Unfallgesetz soll ein möglichst weiter Spielraum gewährt werden. Allein die Aussicht auf eine Verständigung ist ganz geschwunden, nachdem das Centrum die Ablehnung des Staatszuschusses entschieden ausgesprochen und die „Provinzial-Correspondenz" heute nochmals das unweigerliche Festhalten am Staatszuschuß betont hat.

In einem Artikel über „Sociale Verbesserungen und socialdemokratische Träume" tritt die „Provinzial-Correspondenz", Bezug nehmend auf die bisherigen Verhandlungen über das Unfallgesetz, noch einmal für den Staatszuschuß ein, indem sie am Schluß desselben schreibt:

Indem der Reichskanzler sich für den Staatszuschuß — der ja kein Almosen, sondern nur die Ermöglichung einer Art Sicherstellung für die Zeit der durch Unfälle hervorgerufenen Noth sein soll — entschieden hat, übersah er nicht die nahe liegenden Schlußfolgerungen bezüglich der gefährlichen revolutionären Wirkungen, welche die erste kleine Nachgiebigkeit gegen das von socialdemokratischer Seite aufgestellte Princip hervorbringen könne. Es ist auch nicht gerade überraschend, daß jenes Vorurtheil durch die prahlerischen Hoffnungen der socialdemokratischen Führer gewissermaßen eine Beglaubigung zu erhalten scheint. Aber gewiß ist auch die Ueberzeugung berechtigt, daß die erste Nachgiebigkeit nicht in den Abgrund führen, sondern den revolutionären Gefahren wie der wachsenden Unzufriedenheit heilend und wohlthuend vorbeugen werde.

Die verbündeten Regierungen haben sich dieser Auffassung angeschlossen und lassen sich weder durch kleinliche Bedenken, noch durch großsprecherische socialdemokratische Reden in ihrer Ueberzeugung irre machen, daß das Reich, welches in den letzten Jahren mehr und mehr die Nothwendigkeit positiv wirkender Maßnahmen zum Wohle der arbeitenden Classen nicht nur anerkannt, sondern dieselben wiederholt versprochen hat, das „Kärnchen Wahrheit", welches aus dem Dunkel der socialistischen Forderungen hervorleuchte, auch in die Gesetzgebung, nach Maßgabe der Verhältnisse, einführen müsse. Der Schrecken, den das „socialistische" Princip jetzt noch wenigstens im Reichstage ziemlich allgemein verbreitet, wird in nicht langer Zeit als ein von der Partei, welche das Gehen- und Geschehenlassen als die alleinseligmachende Kraft des staatlichen Lebens vereinzelt, großgezogener Irrthum erkannt werden.

Das Zeugniß der socialdemokratischen Lehrmeister, daß der Staatszuschuß die Eingangspforte zu dem Reich ihrer politischen Träume sein werde, kann im Ernst nicht als ein maßgebendes bezeichnet werden. Die Meinung, daß „nicht Fürst Bismarck die Socialdemokraten, sondern daß diese ihn hätten", ist nur eine Phrase der Verlegenheit, hinter der sich die Anerkennung verbirgt, daß Fürst Bismarck den richtigen Weg eingeschlagen, um die Massen der Arbeiter, welche sich jetzt noch an dem socialdemokratischen Gängelbande leiten lassen, der revolutionären Führung zu entreißen.

Wenn die Arbeiter sehen, daß der Staat eher und besser als ihre Apostel für eine wirkliche Abhülfe ihrer berechtigten Beschwerden sorgt, dann wird bei ihnen das Vertrauen und die Ueberzeugung einkehren, daß „der Staat nicht eine lediglich zum Schutz der besser situirten Classen der Gesellschaft erfundene, sondern eine auch ihren Bedürfnissen und Interessen dienende Einrichtung sei".

Die revolutionären Gefahren werden nicht heraufbeschworen, wenn man den berechtigten Kern der Forderungen der Arbeiter pflanzt und pflegt; nein, man bricht denselben vielmehr die Spitze ab und leitet sie in geordnete ebene Bahnen, wenn der Staat den Willen zeigt, der „wirklichen" Noth der arbeitenden Classe zu begegnen. Und deshalb ist der Staatszuschuß ein ebenso praktisches, wie beschwichtigend politisches heilsames Mittel, dessen Anwendung nicht mehr verhindert werden kann, aber auch als nothwendig anerkannt werden muß, wenn nicht von diesem, so von einem anderen Reichstage.

Nach einigen Wochen wird Herr Tiedemann als Regierungspräsident in das schöne und stille Trier übersiedeln, und noch immer herrscht ein tiefes Schweigen über den Namen des Bevorzugten, der ihn als Chef der Reichskanzlei zu ersetzen bestimmt ist. Man will an sonst gut unterrichteten Stellen wissen, daß Fürst Bismarck seine Wahl für dies schwierige Vertrauensamt bereits getroffen habe und daß er die politische Welt mit dem Candidaten ebenso überraschen würde, wie dies lange Zeit bezüglich des designirten Nachfolgers des Herrn v. Puttkamer in Aussicht gestellt war. Vor Kurzem noch schien es, als ob der Geh. Rath Constantin Rößler, der Leiter des literarischen Bureaus, welcher als Hetzriker wohl angesehen ist, zum Adlatus des Fürsten Bismarck aufrücken werde. Doch ist es von diesen Gerüchten, die für jeden Kundigen von vornherein wenig Wahrscheinlichkeit hatten, wieder still geworden. Das auch abwechselnd Graf Herbert Bismarck, Graf Wilhelm Bismarck und Graf Rantzau, der Schwiegersohn des Reichskanzlers, als Candidaten für die Chefstelle in der Reichskanzlei genannt werden, erwähnen wir der Vollständigkeit halber. Alle diese Personen, so genehm sie auch dem Fürsten Bismarck sein mögen, dürften sich selber kaum die genügende technische Befähigung für eine Stellung zutrauen, in welcher sich mit Erfahrung, Wissen und politischer Veranlagung gleichzeitig eine gute Dosis jener Unterordnungsfähigkeit verbinden muß, die nicht Jedermann gegeben ist. Neuerdings tritt nun ein Name in den Vordergrund, der wohl der richtige sein könnte, für den wir aber gleichwohl jede Gewähr ablehnen möchten; es ist dies Herr Th. Eilers, ehemaliger hannoverscher Kreishauptmann, z. Z. Hülfsarbeiter im Finanzministerium und Mitglied des Abgeordnetenhauses. Herr Eilers gehört zu den wenigen höheren Beamten, die sich mit wirklicher Wärme der neuen Wirthschafts- und Steuerpolitik angeschlossen haben. Während die preußische Bureaukratie in der Mehrzahl auf dem Boden des entgegengesetzten Systems erwachsen ist und sich nur schwer zu den neuen Dogmen bekehren lassen will, ficht er als Tirailleur in der vordersten Schlachtreihe. Von Herrn Eilers rührt der Wortlaut des Entwurfs zum Verwendungsgesetz her, und als es sich vor Kurzem darum handelte, für die geplante Reform der directen Steuern in Preußen die süddeutschen Steuersysteme gründlicher kennen zu lernen, wurde ihm der Auftrag zu der entsprechenden Inspectionsreise. Daß dieser rührige Kämpe dem Reichskanzler zusagen würde, klingt nicht absolut unwahrscheinlich. Daß er indessen wirklich zum vertrautesten Mitarbeiter des Fürsten Bismarck ausersehen sei, wird so lange bezweifelt werden müssen, als nicht die Thatsache der Ernennung vorliegt.

Es scheint, daß Depretis sein neues Ministerium nicht ganz ohne französische Unterstützung gebildet hat. Wenigstens giebt der „K. Z." aus beachtenswerthester Quelle die Mittheilung zu, daß Frankreich den Italienern einen Ersatz versprochen habe, wenn sie wegen Tunis keine weiteren Schwierigkeiten machen. Vor einigen Tagen meldeten schon einzelne Blätter, daß man Italien von Paris aus auf Tripolis verwiesen habe; dies wurde dann von der italienischen Presse in Abrede gestellt: welches der Preis sei, den man dem römischen Publicum geboten hat, das wird zur Zeit geheim gehalten, daß aber ein solcher existire, ist nun wahrscheinlich geworden.

Zwischen dem päpstlichen Staatssecretair, Cardinal Jacobini, und dem Vertreter Frankreichs bei der Curie, Desprez, fanden in den letzten Tagen wichtige Besprechungen über Aenderung einiger Puncte des Concordates statt. Die Verhandlungen haben, wie der „Tribüne" gemeldet wird, zu einer vorläufigen Verständigung geführt. Es wird versichert, die Curie werde der französischen Geistlichkeit für die bevorstehenden Wahlen eine verständliche Haltung anrathen.

Die Verhandlungen der rumänischen Deputirtenkammer über die Interpellation betreffs der Donaufrage am Mittwoch dauerten bis 1 Uhr Morgens. Zahlreiche Redner sprachen sich gegen eine gemischte Commission aus und richteten an die Regierung die Aufforderung, sich genau an die Abmachungen der bestehenden Verträge zu halten. Schließlich wurde die einfache Tagesordnung, für welche auch die Regierung eintrat, mit 39 gegen 25 Stimmen angenommen. 5 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung.

Aus Wien wird uns über die Bewegung in Bulgarien geschrieben: Wie vorauszusehen, spitzen sich die Dinge in Bulgarien von Tag zu Tag mehr zu. Aus Sofia meldet ein Telegramm vom 5. d.: Die Agitation gegen Fürst Alexander ist im Wachsen. Die liberale Partei schlägt den dänischen Prinzen Waldemar für den Thron vor, falls Alexander I. abdanken sollte. Heute wird hier die russische Note veröffentlicht, welche das bisherige Vorgehen des Fürsten Alexander billigt. Alles ist darüber in Aufregung. Ex-Minister Zankow protestirt in einem öffentlichen Schreiben gegen die Gewaltmaßnahmen des Fürsten. Das Schreiben Zankow's ist an den russischen General-Consul Hitrowo gerichtet. Noch ernster lauten die Nachrichten aus Berkowaz. Dort rottete sich das Volk zusammen und vertrieb unter dem Rufe: „Nieder mit den Deutschen und Russen!" die russischen Stabsofficiere, die sich in Berkowaz als Regierungs-Commissaire befanden. — Dagegen ließ General Ernoth den Redacteur und Drucker des Oppositionsblattes „Nesawisimost" verhaften. — Auch aus Agram (Croatien) kommt ein sonderbares Telegramm. Nach diesem hätten südslavische Studenten dem bulgarischen Minister Karawelow eine Adresse geschickt, welche ihn „um jeden Preis" zur Wahrung der Freiheit Bulgariens auffordert.

Der griechische Ministerpräsident Komunduros fürchtet sich, die Kammer einzuberufen, bevor die Staatsanwaltschaft den großen Fälschungsproceß erledigt hat, da seine Feinde, falls sie noch während des Processes ans Ruder kämen, die Situation auch in dieser Richtung gegen ihn ausbeuten könnten. Was diesen Proceß anbelangt, so nimmt derselbe mit jedem Tage größere Grenzen an. Die skandalösesten Verbrechen werden zu Tage gefördert, und die Verhaftungen mehren sich. Außer der Herstellung falscher Taimehs, Brief- und Stempelmarken soll nun die saubere Gesellschaft auch der Fabrikation von Cassenscheinen der griechischen Nationalbank überwiesen sein, ja es scheint wahrscheinlich, daß sie mit einem besonders ausgerüsteten Dampfer Piratengeschäfte betrieben hat. Bis jetzt sind 24 Personen verhaftet worden, welche alle, mit Ausnahme von dreien, dem höheren Beamtenstande angehören. Es sollen sich darunter ein Deputirter von Einfluß und zwei höchste Rechnungsbeamte befinden. Die Athenische Staatsanwaltschaft hat ein besonderes Haus für die Untersuchungshaft der Angeschuldigten gemiethet, deren Anzahl wohl auf ein volles Hundert anwachsen könnte. In der Presse herrscht ein gewaltiger Lärm ob dieses Skandals, und alle Blätter dringen auf rücksichtslose Bestrafung der Schuldigen.

Rangliste der königl. sächsischen Armee für 1881.

K. Wh. Mehrere Wochen früher als der vorjährige Jahrgang kommt die heurige Rang- und Quartierliste des zwölften Armeecorps des deutschen Heeres zur Ausgabe. Das militairische Grünbuch ist diesmal fast einen halben Bogen stärker als voriges Jahr. Die Vermehrung der Regimenter und der Batterien nahm auch in der Nomenclatur mehr Raum in Anspruch.

Die Rang- und Nationalliste der Generale und sämmtlicher Stabsofficiere ergiebt 144 Namen, 13 mehr als die vorjährige Liste. Wir haben 5 Generale, 9 Generallieutenants, 8 Generalmajors (2 mehr), 28 Obersten (9 mehr), 22 Oberstlieutenants (3 weniger) und 72 Majors (5 mehr als 1880).

Eine wichtige Veränderung in der Rangliste ist heuer die nach dem Vorgange anderer militairischer Adreßbücher eingeführte, jeder Gruppe als Anmerkung in Petitschrift beigefügte summarische Angabe der im Laufe des verflossenen

SLUB
Wir führen Wissen.